

Frankreichs Renten ... der Kampf geht weiter!

Die französische Altersversorgung hat neben den dominierenden öffentlichen Renten (Grundrenten plus Zusatzrenten), weitere 42 Sondersysteme. Von den 17 Millionen Grundrentenempfängern erhalten etwa 25% auch Renten aus den Sondersystemen.

Die **durchschnittliche Rente** aus den öffentlichen Renten betrug 2023 brutto **1.666 Euro** (netto: 1.541 Euro). **Männer** erhielten durchschnittlich **2.089 Euro**, **Frauen** lediglich **1.306 Euro**. Der Gender Pension Gap beträgt damit hohe 37%. Er betrug vor 20 Jahren allerdings sogar 50%. ⁽²³⁾

Um die Leistungen mit deutschen Maßstäben bewerten zu können: Die Kaufkraft liegt geringfügig auseinander. Für einen Warenkorb, der in Deutschland 100 Euro kostet, müsste in Frankreich ca. 102 Euro bezahlt werden.

In Frankreich können Menschen aktuell abschlagsfrei mit 62 Jahren und 9 Monaten in Rente gehen, wenn sie 43 Jahre Beiträge zur Rentenversicherung geleistet hatten. Bei weniger als 43 Jahren, müssen sie bis 67 Jahre arbeiten, um Abschläge zu vermeiden. ⁽²⁴⁾

Zur Berechnung der individuellen Renten werden nicht die Löhne des gesamten Erwerbslebens zu Grunde gelegt, sondern die Einkommen der besten 25 Jahre.

Die individuellen Grundrenten machen dann 50% der Einkommensgrundlage aus. Sie werden durch die obligatorischen Zusatzrenten aufgestockt, so dass die Durchschnittsverdiener aktuell auf eine Nettoersatzrate von 70% kommen.

Nach OECD-Berechnung können heute junge Franzosen (22 Jahre alt) eine Rente erwarten,

- die für **Durchschnittsverdienende 70,0%**,
- für das **0,5 fache** des Durchschnitts Verdienende: **66,1%** und
- für das **2,0 fache** des Durchschnitts Verdienende: **58,9%**

ihrer Nettoarbeitseinkommen (Nettoersatzquote) beträgt.

Damit liegt das Rentenniveau in Frankreich leicht über dem EU-Durchschnitt und ganze 32% über dem Rentenniveau in Deutschland.

Konterreformen und Widerstand

In den letzten Jahren gab es mehrere Anläufe von Macron-Regierungen, die Kosten für die Rentenversicherung erheblich zu senken. 2019 sollte ein ganzes Paket zu drastischen Verschlechterungen führen: Das Rentenalter sollte von 62 auf 64 Jahre angehoben werden. Die Voraussetzung zur ungekürzten Rente sollte von 42 auf 43

Beitragsjahre erhöht werden. Der Berechnungszeitraum für die Rentenhöhe sollte das ganze Erwerbsleben umfassen und nicht mehr die 25 Jahre mit den besten Einkommen. Die feste Koppelung an die Durchschnittslöhne sollte zugunsten eines Entgeltpunktesystems, ähnlich dem deutschen System, abgelöst werden. ⁽²⁵⁾

Diese Gesetzesvorhaben lösten gewaltige Proteste in ganz Frankreich, getragen von fast allen Berufszweigen und allen Altersgruppen, aus. Generalstreiks und riesige Demonstrationen mit in der Spitze Millionen Beteiligten bestimmten Ende 2019 und Anfang 2020 das Bild in der französischen Republik. Dann kam Corona und mit ihr wurde das Gesetzgebungsverfahren und wurden die Proteste zunächst ausgesetzt.

Nach drei Jahren wagte die Macron-Regierung einen neuen Anlauf. ⁽²⁶⁾ Dabei konzentrierten sie sich auf die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 64 Jahre und die Beitragsvoraussetzung von 43 Jahren für die Abschlagsfreiheit. Die Punkte Beseitigung der 25 Durchschnittsjahre-Berechnung und Einführung eines Punktesystems für die Grundrente wurden fallen gelassen.

Diese „abgespeckte“ Konter-Reform führte allerdings nicht zur Beruhigung der Proteste. Im Gegenteil: Der enorme Druck der Straße und aus den Betrieben war schnell wieder organisiert. Diesmal wurde auch deutlich, dass die Gesetze keine Mehrheit in der Nationalversammlung erreichen würden. In dieser Situation griff Macron zu einem „legalen“ Putsch gegen das Parlament. Der Artikel 49.3 der französischen Verfassung erlaubt es der Regierung u. A. Gesetze zur Finanzierung der Sozialversicherungen ohne parlamentarische Zustimmung durchzudrücken. Diesen letzten Strohalm ergriff die Regierung von Élisabeth Borne, das Gesetz wurde verkündet und ab Ende 2023 mit der sukzessiven Umsetzung begonnen (das Rentenalter 64 Jahre sollte bis 2028 erreicht werden).

Die nächste Regierungskrise der nächsten Macron-Regierung passierte im November 2025. In deren Verlauf konnten Neuwahlen nur darüber verhindert werden, dass die weitere Heraufsetzung des Renteneintrittsalter bis 2028 ausgesetzt wurde. Es bleibt also zunächst bei den 62 Jahren und 9 Monaten wie oben beschrieben. Die Frage ob eine Rückkehr zu 62 Jahren und zu 42 Jahren Beitragszeit erfolgen soll, wird eine zentrale Rolle bei den Präsidentschaftswahlen 2027 spielen.

Dezember 2019

**„Ich schenke
meinen
Enkelkindern
das schönste
Weihnachten:
ich kämpfe für
ihre Rente!“**



Januar 2023

**„Mit
64 Jahren
sind schon ¼
der Arbeiter
tot!“**



Paris am 19.01.2023 – der Widerstand gegen die Macron-Gesetze ist ungebrochen!



Brüssel im Mai 2026 - Die Belgier wehren sich, ähnlich stark wie die Franzosen, gegen Rentenkürzungen und die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Seit zwei Jahren gibt es in Belgien Generalstreiks und Riesendemonstrationen... (27)